

Volkswacht

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volkswacht“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der öffentlichen und demokratischen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Verbände. Schriftleitung: Dr. Rüdigerstraße 6. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 24605, 24657, 26005. Persönliche Zustellung mittels Post Nr. 1 bis 2 Uhr. — Unverlangt eingesandten Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 2,00 RM. u. 0,30 RM. Beilagengebühr, insgesamt 2,30 RM. für Abolier mündlich 0,30 RM. Wohnungspreis 2,30 RM. durch Postboten zugesandt 2,70 RM. bei direkter Einzahlung an den Postamt 2,00 RM. — Einzelpreis 15 Pf. im Einzel- und 50 Pf. im Rahmen der Mitglieder. Hauptvertriebsstelle: Dr. Rüdigerstraße 6. Fernruf 24605, 24657, 26005. Postfachkonto 20319 Erfurt

Pastoren als Spekulanten und Betrüger

Der Millionen-Skandal der Kirche

Hinter den Kulissen der Inneren Mission - Uebelste Korruptionswirtschaft der verantwortlichen Pfarrer - 10 Millionen Verlust der Devalve-Sparer

Von dem Zusammenbruch der Deutsch-Evangelischen Heimstätten-Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften, dem beispiellosen Raub des Bauparlamenters der Inneren Mission, sind 22000 kleine Sparer betroffen. Sie verlieren wahrscheinlich mehr als 10 Millionen Mark.

Die Innere Mission und die Kirche versuchen umsonst, die Verantwortung für den Skandal auf einzelne Personen abzuwälzen. Der deutliche soziale Generalstich des Devalveimongens Juppel ist durch die hinter ihm stehenden deutsch-nationalen Pastorenkreise, deren Marionette er war, zur Anrechnung dieser Verfassungen gezwungen worden, die nicht auf sein an sich großes Schuldkonto gehen. In einer gemeinsamen Aufschlüsselung der drei Hauptgesellschaften des Devalveimongens, die in ihrer Mehrheit aus deutsch-nationalen und nationalsozialistischen Pastoren der Inneren Mission bestand, wurde auf Verlangen des bühnen Rechtsanwalts Brandes beschlossen,

250 000 RM. Verleumdungs- und Schwätzgeder, die Juppel als „persönliche Schuld“ übernommen hatte, in Kauf der damals noch geplanten Entzerrung wieder abzugeben.

Die Hauptursache für die Verluste der kleinen Devalveimparer sind jedoch neben der Korruption fast aller Beteiligten in der engen Verflechtung der jetzt in Konkurs gegangenen Bauparlament-Gesellschaften mit dem Zentralausfuhr für Innere Mission und seinen anderen Wirtschaftsbetrieben zu suchen. Ein großer Teil der Sparanlagen bei der Devalve und ihrer Tochtergesellschaft, der Deutschen Entschuldigungs- und Baupar-AG, ist dazu verdammt worden, Höher zu stoßen, die aus

Spekulationsgeschäften der Pastorenkreise in der Inneren Mission entstanden sind.

In dem weitverbreiteten Kauf der Inneren Mission besteht seit 7 Jahren ein zweites, bisher vom Zentralausfuhr für die Innere Mission und von den höchsten Spitzenpersönlichkeiten der deutschen evangelischen Kirche mühsam verdeckter Korruptionsjuppel, der dem Devalveimstand in nichts nachsteht. Als Treuhänder und Uebermittlungsstelle für die Zuschüsse des Reichsarbeitsministeriums und verschiedener Landesministerien an die private Wohlfahrtspflege und ferner als Verwaltungsstelle für Auslandsanleihen der Wohlfahrtsverbände wurde 1923 die Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtsunternehmungen GmbH, gegründet. Das Gesellschaftskapital in Höhe von 500 000 RM. wurde von Reichsarbeitsministerium zur Verfügung gestellt. Millionenbeträge aus dem Reichsfonds zur Förderung von Werken und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege wurden jährlich über diese Kasse geleitet. Die staatlichen Zuschüsse, die 1924 nur 15 Millionen Mark betragen, stiegen in den ersten Jahren der Hilfskasse so reichlich, daß ihre Leiter — unter ihnen die deutsch-nationalen Pastoren G. Cremer und Kiel, die gleichzeitig im Zentralausfuhr für die Innere Mission und in den Aufsichtsräten der Devalveimgesellschaften saßen — nicht der Verdüchtigung widerstehen konnten, mit dem

Staatsgeldern auf die schändlichste Weise zu spekulieren.

Sie gründeten das Bankhaus Rambaum u. Co. dessen Leiterhaber die Geschäftsführer der Hilfskasse wurden. Das Kapital dieser Firma, die man laut eigener Begründung ins Leben gerufen hatte, um die Hilfskasse an der Börse nicht allzu sehr in Er-

scheinung treten zu lassen“, wurde als „Darlehen“ zur Verfügung gestellt.

Um über die Höhe und die Ausgabetermine der vom Reich jeweils zu erwartenden Summen rechtzeitig informiert zu sein und dementsprechend bei ihren phantastischen Geschäften verfügen zu können,

bestand die Geschäftsleitung der Hilfskasse den Ministerial-Beauftragten Sonntag vom Reichsarbeitsministerium

mit 12 000 RM., die auf ein recht unverdächtig aussehendes fiktives Konto „Haus Elisebeth, Santhof“ gebucht wurden. Wohlfahrtsanleihen, die die bringen benötigten staatlichen Zuschüsse anzuweisen, wurde mitgeteilt, daß die Gelder noch nicht eingetroffen seien. Man empfahl den Anleihen jedoch, Zinsscheinebühren zu 12 bis 14 Prozent Zinsen bei dem Bankhaus Rambaum u. Co. anzunehmen.

Ende 1926 waren die Verluste aus den wüsten Spekulationsgeschäften bereits angeschwollen, daß die Hilfskasse und ihre Vorstandsleute keinen Konten anmelden mußten. In der höchsten Not trafen 10,5 Millionen Mark, die der Zentralausfuhr für Innere Mission als Anleihe von dem amerikanischen Bankhaus Egan, Snow und Co. erhalten hatte, ein. Da mit wurden bereits die alten Höher gestiftet. Das Bankhaus Rambaum u. Co. erhielt drei Millionen Mark als langfristigen Kredit aus den Anleihenmitteln, die laut Vertrag nur als ersteilige Hypothekendarlehen an evangelische Wohlfahrtsanstalten vergeben werden durften. Aus dem gleichen großen Topf lebten

mehrere Pfarrer, meist deutsch-nationaler und nationalsozialistischer Couleur, die persönliche Darlehen erhielten.

Unter ihnen ist der Pastor D. Gleiß, der Vertrauensmann der Inneren Mission für sämtliche ihr nachstehende Wirtschaftsbetriebe zu nennen. Auch heute ist die Anleihe noch nicht restlos abgewickelt. Die amerikanischen Geldgeber wurden jedoch über die betragswürdige Vererbung ihrer Gelder getäuscht.

In der folgenden Zeit erhielt das Bankhaus Rambaum u. Co. von der Hilfskasse ungeführte Kredite bis zu 12 Millionen Mark. Im März 1928 mußte man feststellen, daß 7 1/2 Millionen Mark verpfändet waren. Die Hauptverluste waren durch folgende Grundstückspekulationen und „Industrieeteiligungen“ entstanden:

Der Gewinn von Finschäfern in Berlin sollte den Zentralausfuhr rund 1 Million Mark. Dieser Verlust wurde auf einen „Grundschuldkonto“ veräußert, auf das auch persönliche Zurechnungen und Verbindungen an den damaligen Geschäftsführer der Hilfskasse und Schatzmeister des Reichs Dr. Lübbert in Höhe von 162 500 Mark und ferner 8000 Mark Aufschuß des Pfarrers Cremer verbucht wurden.

Beteiligung an der „Kotella“, Margarine- und Speiseeisfabrik in Fürstentum. Nach kurzer Zeit der Betriebsführung durch die fast undigene Seelsozger mußte die Fabrik stillgelegt werden. Die Maschinen wurden verpfändet. Verluste: über 1 1/2 Millionen Mark.

Bei Krediten an die „Gundat“-Schreibmaschinen-

fabrik in Dresden wurden 200 000 RM. verloren. Bei der Firma G. Benjamin, Lude und Stoffe in Berlin, mußten 300 000 RM. in den Eborstein geschrieben werden.

Wit dem Verkauf von Uhren, Colliers und Ringen, die die Hilfskasse als Gegenwert für ihre Kredite von einer in Konkurs gegangenen Juweliersfirma übernehmen mußte, ist man heute noch beschäftigt.

Das Bild der beispiellosen Korruption in der Hilfskasse und im Zentralausfuhr wird vervollständigt, wenn man erfährt, daß Unterabteilungen des Oberaufsichters der Hilfskasse, Starbols in Höhe von 482 000 RM. nicht zur Anzeige gebracht wurden, weil man die Öffentlichkeit fürchtete. Zu beiden Zwecken die den Wohlfahrtsanstalten zugehenden Geldmittel verwendet wurden, bereist ein bei der Hilfskasse geführtes Rechenkonto von 17 500 RM., über das Pfarrer Cremer gemeinsam mit dem Präsidenten des Zentralausfuhr, dem Geheimrat Seeburg, verfügte. Der Zweck dieses Kontos, das gegenüber dem Reichsarbeitsministerium verheimlicht wurde, war, „Persönlichkeiten im Dienste der Inneren Mission Befähigen zu gewähren“. Von dieser Gelegenheit haben auch die deutsch-nationalen Herren reichlich Gebrauch gemacht. Es versteht sich von selbst, daß der zeitweilige Schatzmeister des Zentralausfuhr und Geschäftsführer der Hilfs-

Pfarrer Cremer, von der Hilfskasse ein bedeutungsvolles Darlehen für einen Silbentanz in Höhe von 70 000 RM. erhalten

hat. Die schwerere strafrechtlichen Verfehlungen durch Buß- und Bittenscheinungen, die Verluste an Reichs- und Anleihenmitteln, die Unterfahrungen des Starbols und viele weitere Einzelheiten aus dem Korruptionsjuppel der Hilfskasse waren dem Zentralausfuhr und den in ihr entsandten Begleitern des Oberkirchenrates, der Generalsynode und des Kirchenbundesamts seit dem 2. Januar 1930 auf das genaueste bekannt. Es wurde unter Leitung des jetzigen Schatzmeisters der Inneren Mission, Wölfler, der von der Devalve ein

bedeutungsvolles Darlehen von 42 000 RM. erhalten

hat, eine auftragsgemäß oberflächlich geführte Untersuchung veranlaßt, durch die besonders Pfarrer Cremer und Pfarrer Thiel (Aufsichtsvorstand der Hilfskasse, Mitglied des Zentralausfuhr und Vertreter eines Unterverbandes der Inneren Mission im Aufsichtsrat der Devalve) schwer belastet wurden. Beide Herren wurden jedoch nicht, wie es sich gehörte, mit Schuld und Ehre abgeurteilt. Sie wurden ergebnislos gegeben, in Anbetracht ihrer Verdienste um die Innere Mission ihre Posten zu behalten.

Die Gelder, die bei der Hilfskasse verwirrt waren oder unterschlagen worden waren, fehlten bei den Wohlfahrtsanstalten, die dringend Mittel für den Bau von Krankenhäusern, Erholungsheimen u.ä. brauchten. Ihnen wurden die fehlenden Beträge, wie in zahlreichen Fällen nachgewiesen werden kann, aus dem

Baupargeldern des Devalveimongens zur Verfügung gestellt.

Die volle Schuld für die Verwirrung von Baupargeldern und von Baupargeldern der kleinen Sparer trifft die maßgeblichen Körperschaften der Inneren Mission und der evangelischen Kirche. Die Öffentlichkeit wird nicht eher ruhen, als die den geschädigten 22 000 Baupargelern ihr Recht geworden ist und zwar dadurch, daß Kirche und Innere Mission voll und ganz die Verluste tragen. Mit phykalischen „Erklärungen“ der kirchlichen Verantwortlichen ist es jetzt nicht mehr getan.

Sum russisch-polnisch-französischen Nichtangriffspakt



Russlands Diktator: Stalin.



Polens Diktator: Marschall Pilsudski.

Russische Zustände am Post

Die amtliche russische Nachrichtenagentur bezieht den Vortritt der polnischen Regierung nicht als einen Fortschritt in den polnisch-russischen Verhandlungen, sondern als einen Rückschritt. Er enthalte wiederum schmerzliche Bedingungen, die bereits bei früheren polnisch-russischen Verhand-

lungen von Polen gestellt worden seien und füge eine neue hinzu. Der polnische Gesandte in Moskau habe übrigens bei der Ueberreichung des Vortrittsvertrages keineswegs die Wiederaufnahme der 1927 abgebrochenen Verhandlungen vorgezogen und das Dokument lediglich als Reklamier Verhandlungen von 1926/27 bezeichnet.

Alltägliche „Zukunft“

Eigentlich sollte man sich mit dieser „Zukunft“ Deutschlands gar nicht groß beschäftigen. Aber der Jammer kommt einen an, wenn man diese Däuisen herumhüpfen und herumstänkern sieht.

Das dieses Däuisen Unglück die Zukunft Deutschlands ist, war mit allerdings noch nicht bekannt gewesen, ein Eingeweihter aber besetzt mich von dieser horren Unkenntnis der deutschen Geschichte.

Die Schülermäre hängt auf einem der beiden Seiten, meist auf dem rechten (dann links) ein Zeichen vom marxistischen Verstand. In den Schulen, meist sogar auch für die nationalsozialistischen Schüler, das Tragen von Hosen verboten ist, ist es für die Naziführer natürlich Ehrenfache, sich sofort nach Schulbeginn zu sehen, wo sie hier einmal die Schuluniform verwerfen soll, mit Hosenknöpfen aller Größen und Spielarten auszufüllen und in Hosenpöse Nummer 17 des großen I.D.D.F. auf dem Ullrichsbummel einzuwickeln.

Dann oder weniger die Judenmels und Marxisten ganz schamlos, wenn auch zunächst nur mit dem Munde, geküßt und erledigt, wie es in ihrer Fachsprache heißt. Abends, wenn es dunkel ist, werden die Kinderden noch tapferer. Die Hosenknöpfe-Einnahme-Exzesse im Glanze der Laternen und in der Futterlade hängt eine SA-Zigarette. Sie schmücken nur nicht, sondern, aber der Idealismus beträgt auch diesen starken Zog.

So hummeln sie in Hosenpöse durch die Straßen, jeden Passanten murrend, ob er nicht etwa ein Jude oder ein Marxist ist. Dann wird gebell.

Um zehn Uhr. Dann traben diese Hoffnungen der letzten Zukunft heimwärts; denn sonst verzeiht sich der Herr Papa an dem Hosenknopf.

Bom Fahrerab gestürzt

Auf dem Halleischen Weg in der Heidestraße gefahren ab ein Schloßerlehrling vom Rade und blieb beunruhigtes liegen. Er trug Kopfverletzungen davon, die seine Fortbewegung notwendig machten. — Zufall dem am vorherigen Weg ereignete sich mittags ein Zusammenstoß zwischen einem Personenauto und einem Motorradfahrer. Der Motorradfahrer wurde dabei leicht verletzt.

Verkehrspol auf den Dächern

Beobachter eines Hauses in der Deligischer Straße hörten gestern Abend verdächtige Geräusche und alarmierten in der Annahme, es handle sich um Einbrecher, das Ueberfallkommando. Die Beamten nahmen einen Dachdecker mit. Er stellte sich aber heraus, daß der Festenormer nur mit gleichartigen Jungen auf den Dächern — Verstecken gespielt hatte.

Brände. In der Wörmlicher Straße war gestern vormittag ein Zierfeld übergefallen. Die Arbeiter löschten den Brand selbst, so daß die Feuerwehre nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte. In einer Seitenstraße in der Leipziger Straße geriet bei Ladungsfall der Oberboden über den Brand. Die Feuerwehre befreite die Straße in 5 Minuten.

Mißerfolg kommunistischer Streikheke in den hallischen Gemeindebetrieben

Weshalb fand in Küblers Restaurant eine überfüllte Versammlung der Belegschaft des Ziefbauamtes statt. Es handelte sich darum, ob infolge notwendiger Mittelbeschränkung die Belegschaft ermüdet arbeiten soll, oder ob die Mittelbeschränkung durch Entlassungen eines Teiles der Belegschaft ausgeglichen werden soll. Übergeleitet hat, daß in einer solch wichtigen Frage sachlich hätte verhandelt werden können, war im Irrtum. Die SPD, die wütenden Mitglieder der SPD, und in Begleitung nicht mehr auf ihre Köpfe konnte, hatte zur Belegschaftsversammlung des Ziefbauamts

einen Strohstumpf entzündet, der sich unter Verschleierung der Rücksichtslosigkeit zum Betrieb in die Versammlung hindringte. Der wegen verhandlungsunfähigen Verhaltens aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen kommunistischen Stadtkommando Preßki hielt eine endlose Rede gegen die Sozialdemokratie. Er wurde schließlich unterstürzt durch einen Strohstumpf, der in die Versammlung hineingeworfen wurde. Er mußte sich allerdings fügen lassen, daß er von den Verhaftungen der fälschlichen Arbeit und der Werksarbeiter zu Halle keine Kenntnis habe, daß er ohne jede Kenntnis der Lebenslage der Gemeindearbeiter seine Rede gehalten habe und daß sein Liebeswerben erfolglos sei.

Die halloischen Nationalsozialisten tun sich mächtigst, sich überall in Bezug zu bringen. Der mehrere Wochen waren die Wegweiser der Nationalsozialisten in der Heide Klein-Verbeisette angeklebt. Eine bedeutende Anzahl von Nationalsozialisten, die dem Stimm und dem Zweck dieser Einrichtung und trägt auch keinesfalls zur Verbesserung unserer Stadtverhältnisse bei. Wir erlauben Sie, diese Zettel umgehend wieder zu entfernen und werden die bestimmte Erwartung aus, daß dieser Unfug genügt, um für die Zukunft bestimmte Maßnahmen nicht mehr tätigen zu müssen.

Nazis verhandeln die Heide — und verhöhnern den Magistrat

Die halloischen Nationalsozialisten tun sich mächtigst, sich überall in Bezug zu bringen. Der mehrere Wochen waren die Wegweiser der Nationalsozialisten in der Heide Klein-Verbeisette angeklebt. Eine bedeutende Anzahl von Nationalsozialisten, die dem Stimm und dem Zweck dieser Einrichtung und trägt auch keinesfalls zur Verbesserung unserer Stadtverhältnisse bei. Wir erlauben Sie, diese Zettel umgehend wieder zu entfernen und werden die bestimmte Erwartung aus, daß dieser Unfug genügt, um für die Zukunft bestimmte Maßnahmen nicht mehr tätigen zu müssen.

Sorgenvolle Wiedergeburt

Die Beratungen im „Braunen Haus“ in Halle, wo man sich jetzt Waden die finstliche Frage überlegt, ob der „Kampf“ wieder erscheinen sollte oder nicht, haben nun doch ein Ende gefunden. Der „Kampf“ hat nun in der Zukunft nach dem Jordenischen Weg. Es wäre zu wünschen, wenn auf diese Unverhältnissen dem Besonderen die gebührende Antwort erteilt würde.

Ein betrügerischer, aber nationaler Gerichtsollzieher

Mit einem Monatsentlohn von 700 M. sollte sich eigentlich auskommen lassen. Der Gerichtsollzieher Wölfer aus Egeln konnte das aber nicht. Schon früher hatte er sich Unzulänglichkeiten zuschulden kommen lassen. Schließlich wurde er von Halle, wo er früher tätig war, nach Egeln verlegt. Seine Familie blieb in Halle. In Egeln lebte Wölfer so flott und machte so große Fäden, daß sein Gehalt nicht ausreichte. Er begriff sich daher an den von ihm eingezogenen amtlichen Geldern und unterschlug 4000 M., so daß er sich nun vor dem Halberstädter Schöffengericht wegen Amtsunterschlagung verantworten mußte. Er wollte sich nun vor Gericht mit herausfordern, daß er erlangt, er sei nach Magdeburg zu einem Städtischen Gefängnis und habe das ganze Geld mitgenommen. In der Nacht sei es ihm dann um den Wadel gegangen worden. Dieser Schwindel wurde ihm natürlich nicht geglaubt. Das Gericht verurteilte ihn vielmehr zu 3 Jahr Gefängnis. Daraus anschließend wurde gegen den Angeklagten noch ein weiterer Fall heraufgeholt. Er hatte vor längerer Zeit von Wernsdorf ein Darlehen von 1200 M. erhalten. Seine Angehörigen drängten nun auf Rückgabe. Er gab an einem Landwirt und ließ sich die 1200 M. mit dem selben Verprechen, es bald zurückzugeben. Das Geld schickte er aber nicht an seine Angehörigen, die es notwendig brauchten, sondern er verlor die Hälfte der 1200 M. noch in der Reichswehr von 3 Wochen. Die Frau zur Rückzahlung verpflichtete war, ging er zu einem Pardon, um

SPD., Drisenverein Halle.

Am Sonntag, dem 30. August, vormittags 10 Uhr, findet im „Volkspark“, Burgstr. 27, die Generalversammlung des Volksfeuerwehrgesellschaftsvereins Halle statt. Alle Parteimitglieder sind herzlich eingeladen. Die Tagesordnung ist: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr. 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr. 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei im vergangenen Jahr.

Lehler Zeemin für Quartiere!

Alle Quartierlisten und Quartierleiter für das Wintersemester sind bis morgen, Freitag, 10 Uhr, an den Quartierleitenden Kurt Zeisinger, Halle, Dessauer Straße 15, einzuliefern.

Kriegsopferfürsorge und Städtetagsprogramm

Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegsernterbeschädigten hat in einer besonderen Sitzung am 18. August in dem vom Vorstand des Deutschen Städtetages für die Gemeinden aufgestellten Sparprogramm Stellung genommen. Nach diesen Sparmaßnahmen soll die Kriegsbeschädigtenfürsorge durch die Städte und Gemeinden, aber den Vorschlägen trotzdem nicht aufhören.

Der Bundesvorstand des Reichsbundes hat an der unerlässlichen Pflicht der Träger der öffentlichen Fürsorge festhalten, im besonderen eine ausreichende Heilfürsorge für die Kriegsernterbeschädigten und eine ausreichende Jugend- und Berufshilfe für die Kriegsernterbeschädigten sicherzustellen. Er muß deshalb die Vorschläge des Deutschen Städtetages zur Einräumung der öffentlichen Fürsorge unter allen Umständen ablehnen.

Magistrat der Stadt Halle, Heidebezern.

Halle, den 19. Juni 1931. In unserem größten Gebauer mußten wir feststellen, daß von Ihren Mitgliedern an den Wegweiserplakaten in der Heide Klein-Verbeisette angeklebt. Eine bedeutende Anzahl von Nationalsozialisten, die dem Stimm und dem Zweck dieser Einrichtung und trägt auch keinesfalls zur Verbesserung unserer Stadtverhältnisse bei. Wir erlauben Sie, diese Zettel umgehend wieder zu entfernen und werden die bestimmte Erwartung aus, daß dieser Unfug genügt, um für die Zukunft bestimmte Maßnahmen nicht mehr tätigen zu müssen.

Magistrat der Stadt Halle, Heidebezern.

Halle, den 19. Juni 1931. In unserem größten Gebauer mußten wir feststellen, daß von Ihren Mitgliedern an den Wegweiserplakaten in der Heide Klein-Verbeisette angeklebt. Eine bedeutende Anzahl von Nationalsozialisten, die dem Stimm und dem Zweck dieser Einrichtung und trägt auch keinesfalls zur Verbesserung unserer Stadtverhältnisse bei. Wir erlauben Sie, diese Zettel umgehend wieder zu entfernen und werden die bestimmte Erwartung aus, daß dieser Unfug genügt, um für die Zukunft bestimmte Maßnahmen nicht mehr tätigen zu müssen.

Magistrat der Stadt Halle, Heidebezern.

Halle, den 19. Juni 1931. In unserem größten Gebauer mußten wir feststellen, daß von Ihren Mitgliedern an den Wegweiserplakaten in der Heide Klein-Verbeisette angeklebt. Eine bedeutende Anzahl von Nationalsozialisten, die dem Stimm und dem Zweck dieser Einrichtung und trägt auch keinesfalls zur Verbesserung unserer Stadtverhältnisse bei. Wir erlauben Sie, diese Zettel umgehend wieder zu entfernen und werden die bestimmte Erwartung aus, daß dieser Unfug genügt, um für die Zukunft bestimmte Maßnahmen nicht mehr tätigen zu müssen.

Die weinenden Helden

Der Abschied in der Heide unvollständig — es haben sich nur „gewisse Leute“ die günstige Gelegenheit zumisse gemacht ...

Vor den Schnellrichtern wurden gefordert der Chauffeur Fritz Döll und der Arbeiter Gerhard Jähler zur Verfügung. Sie sind beide als Hauptverdächtige an dem Mordfall zu ...

Als er wenig später mit einem Kameraden den Versteckort antrat, kamen ihm vor dem „Heidekraut“ etwa 15 bis 20 Menschen entgegen. Döll, Jähler und ein Dritter an der Spitze. Hier trat Döll ...

Die ganze Schänderei war in freier Zeit erledigt. Die Anwesenden bedrückten sich. Der Beamte B. war überglücklich, außerdem war seine ...

Die Heide blüht! Dies hat auch für Galles größte Bedeutung, haben wir doch die Freude, auf den Abendgängen und in der ...

Karl Schöder: Familie Markert Eine Gesellschaftsstudie Copyright 1931 by Der Bühnenteatrische Bund, Berlin 54. (Nachdruck verboten.) Sein Blick fällt auf den Gasse. Er richtet sich launend auf; mit den Armen muß er sich gegen die Wand stützen. Und was er jetzt tut ...

Einige Stunden später die Wohnung unangenehm geöffnet wird, findet man Fritz zumammengedrückt auf der Schwelle zwischen Küche und Wohnzimmer. Das Gesicht verzerrt, die Augen weit aufgerissen, die eine Hand nach vorne gestreckt. Offenbar hat er etwas Schreckliches gesehen. Aber die Kraft hat ihn verlassen. Hanna und Rind sind tot. Sie können in der ...

Martin ist nicht tot, wie Fritz geglaubt hat, ohne je wieder die Möglichkeit eines anderen Ausganges zu überlegen. Drei Wochen trübselig lag er im Krankenhaus. Tagelang bewußtlos. Heute haben sie ihn nach Hause gebracht. Johannes hat einen Wagen genommen; Johannes hat auch Blumen gekauft; erste Frühlingsblumen: Narzissen und gelbe. Karaffen. Er hat zu Hause gelacht. „Wenn Martin wieder so ...

Arbeitsunfähigkeit verschwunden. Das Ueberfall-Comando streifte bald darauf die Gegend ab und traf auf dem Wege nach dem ...

Während der Verhandlung brachen D. und J. immer wieder in Tränen aus. D. ergab sich ...

Nach Informationen, die uns gebracht wurden, handelt es sich bei diesem Falle wieder um einen Überfall von Kommunisten. Wir haben in diesem Sinne dazu Stellung genommen. ...

Die Freunde an der Natur, die gegenseitig mutig helfen sollten. Also: Freut Euch an dem Mischen der Heide, aber laßt das Heidekraut dort stehen, wo es wächst.

Die Krise in der Krankenversicherung Reform durch Nationalisierung.

Durch die Entfaltung der Vertretervereine des Deutschen Reiches, die die Nationalisierung der Krankenversicherung ...

Die Krise in der Krankenversicherung Reform durch Nationalisierung. (Fortsetzung) ...

Die Krise in der Krankenversicherung Reform durch Nationalisierung. (Fortsetzung) ...

Die Krise in der Krankenversicherung Reform durch Nationalisierung. (Fortsetzung) ...

Kleine Betrüger

„Ich sehe Ihnen an, Sie brauchen Geld!“

Mit diesen Worten begrüßt der Bekanntheitsverleiher ...

Im Gefängnis fühlt sich so mancher Bekanntheitsverleiher ...

Die Krise in der Krankenversicherung Reform durch Nationalisierung. (Fortsetzung) ...

Der Justizskanda! in Damburg In der Damburger Bürgerstadt ist es in einer ...

leihen wollte. Di. hoffte auf die ...

Di. Jun. bewachte ein ...

Der dem Schöffengericht ...

bach verlangte die Einweisung eines ...

Zurückbares Verbrechen in München

Am Donnerstagabend ...

Der Justizskanda! in Damburg

In der Damburger Bürgerstadt ist es in einer ...

oder nur ein physischer Vorgang; denn das Auge ...

„Das macht ihr vielleicht noch einen ...

„Was heißt für denn beide? Ihr braucht mich ...

Aber wenn er auch anderer Meinung ist als ...

„Was heißt für denn beide? Ihr braucht mich ...

„Was heißt für denn beide? Ihr braucht mich ...

„Was heißt für denn beide? Ihr braucht mich ...



Verwaltung des Monuments, Merseburg, Marktstraße 24, Telefon 222.
Verantwortlich: Kurt Schödl, Marktstraße 4, Tel. 2214.

Montag Stadtverordnetenversammlung

Die aus den amtlichen Bekanntmachungen hervorgeht, findet am Montag nach langer Pause wieder eine Stadtverordnetenversammlung statt. Es folgt u. a. über den Beitritt der Stadt zum kommunalen Revisionenverband für die Provinz Sachsen handelt werden. In der Begründung des Magistrats zu diesem Schritte heißt es:

Die Entlastung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in den Gemeinden haben diese und ihre Epitaxenorganisationen gemeinsam, sich mit der Neugestaltung des kommunalen Revisionenwesens schon seit längerer Zeit zu beschäftigen. Dabei wurde es für richtig gehalten, überörtliche Revisionen durchzuführen.

In dieser Erkenntnis und unter dem Verlangen der Reichsregierung auf sichere Überwachung der Finanzwirtschaft der Gemeinden haben es die Epitaxenorganisationen der Städte für erforderlich gehalten, Einrichtungen zu treffen, die als vollständig unparteiische und neutrale Stellen das gesamte Finanz- und Wirtschaftswesen der Städte überdecken.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Merseburg

Nr. 35 Donnerstag, den 27. August 1931

Tagesordnung

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Montag, den 31. August 1931, 10 Uhr, im Alten Rathaus, Burgstraße 1.

1. Wahl eines Armenberufsberechtigten für den VI. Bezirk (Erfolg für A.)
2. Wahl eines stellv. Schiedsmanns für den I. Schiedsmannsbezirk (bisher Rig.)
3. Wahl von zwei Sachverständigen in den Beirat zum Schutze der Stadt Merseburg gegen Verunstaltung durch Feuersicherungsanlagen
4. Wahl eines Sachverständigen in den Sachverständigenausschuß (mit Fleißarbeit) auf Grund der Entlassung zum Schutze der Stadt Merseburg gegen Verunstaltung (Erfolg für Stadtbaurat J. Jöling)
5. Wahlen zu Steueranfragen beim Finanzamt
6. Wahl der Vertrauensmänner zur Ausübung der Schöffen und Geschworenen
7. Entlastung der Jahresrechnung für 1929
 - a) Bergischer Stipendienfonds
 - b) Stiftungen und Barmächtigkeits
 - c) Bürgererziehungs-Institut
 - d) Kranenbau
 - e) Ergänzungsbau zur Festigung (Reform-Neugestaltung)
 - f) Nahrungsmitteleinrichtung
 - g) Ausbau „Kunst-Graben“ (a bis g für das Rechnungsjahr 1929)
 - h) Ergänzungsbau zur Festigung (Reform-Neugestaltung)
 - i) von Schütz-Wasserstoffwerke-Eröffnung (h und i für das Rechnungsjahr 1930)
8. Wiederbestellung der Stelle eines beauftragten Magistratsmitgliedes
9. Wahl eines zweiten beauftragten Stadtrates
10. Beitritt zum kommunalen Revisionenverband für die Provinz Sachsen
11. Genehmigung von Ueberführungen verschiedener Hausalterssätze für 1929
12. I. Nachtrag zur Sitzung der Stadtparlatse.

Merseburg, den 26. August 1931.

Der Stadtverordnetenvorsteher: Brenner.

Schweinefleischabkühlung am 1. September 1931.

Am 1. September 1931 findet eine Schweinefleischabkühlung statt.

Die Ergebnisse werden nur zu amtlichen statistischen Arbeiten, nicht zu Steuerzwecken benutzt.

Aber vorzüglich eine Anzeige unterliegt, wird auf Grund des § 4 der Bundesratsverordnung vom 30. 1. 1917 mit Gefangnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verhiessen worden ist, im Urteil „für den Staat verfallen“ erklärt werden.

Merseburg, den 25. August 1931.

IX. 217/31. Der Magistrat.

Ankündigung der Jiegenböde.

Gemäß § 4 der Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom 21. Dezember 1921 — Sonderbeilage des Regierungsamtsblattes vom 26. September 1921 — Seite 225 — findet die Ankündigung der Jiegenböde für den Stadtbereich Merseburg am Montag, den 31. August 1931, 17 Uhr, am Verwaltungsgebäude III — Christianenstraße, statt.

Da nach der oben angeführten Polizeiverordnung Jiegenböden zum Fleischen freier Jiegen nur zugelassen werden dürfen, wenn sie angefüllt sind, liegt es im eigenen Interesse der Verbraucher, daß ihre Böde zum Termin vorgefüllt werden.

Auf die Strafbestimmungen in § 13 der Polizeiverordnung wird hiermit besonders hingewiesen.

Merseburg, den 20. August 1931.

P. I. 107/31. Die städtische Polizeiverwaltung.

Bürgersteuer 1931.

Am den Hausaltersplan der Stadt Merseburg für das Rechnungsjahr 1931 ins Gedächtnis zu bringen, ist die Bürgersteuer in einem Betrage von 185 000 M. in Einnahme eingetragt worden.

Die Erzielung dieses Aufkommens macht die Erhebung dieser Steuer nach dem Bundesgesetz zugänglich. Dem Antrage des Magistrats auf Festlegung der Steuer in dieser Höhe hat die Stadtverordnetenversammlung nicht zugestimmt. Sie hat gemäß Beschluß vom 27. April 1931 dem Magistratsbeschlusse vielmehr mit der Änderung zugestimmt, daß die Erhebung von 200 Prozent Zuschlag zur Bürgersteuer gefordert wird. Die Bürgersteuer hat mithin nur zu der Erhebung der Bürgersteuer nach dem Bundesgesetz ihre Genehmigung erteilt.

Infolge dieses Beschlusses schließt der Hausaltersplan mit dem Realbetrage ab.

Auf Grund des § 3 Kap. IX des 2. Teils der 2. Verordnung des Reichspräsidenten zur Ergänzung des Wirtschaft- und Finanzges. vom 5. Juni 1931 (RGBl. I S. 270) erhebe ich daher an, daß in der Stadt Merseburg für das Rechnungsjahr 1931 neben dem Bundesbesatze der Bürgersteuer ein Zuschlag von 200 Prozent nach Maßgabe der §§ 4 und 5 des 2. Abschnittes der Vorverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni 1930 (RGBl. I S. 811) in Verbindung mit den §§ 4 und 5 des 1. Teils Kap. I Nr. 1 der Vorverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 (RGBl. I S. 517) erhoben wird.

Merseburg, den 10. August 1931.

Der Regierungspräsident: In Vertretung: gez.: Coeneel.

Magdeburg, 14. August.

Zu der vorstehenden Anordnung spreche ich die Zustimmung aus. Diese Entscheidung beruht auf der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 (RGBl. I S. 517) 1. Teil Kap. I § 5, und dem Artikel IV § 2 des Herberingergesetzes vom 24. März 1931 (GS. S. 20).

Ansprüche irgendwelcher Art gegen den Staat oder das Reich auf Gewährleistung des Steuerertrages oder in ähnlicher Beziehung können aus dieser Zustimmung nicht hergeleitet werden.

In Vertretung: In Vertretung: ges. Unterf.:

Veröffentlicht: Merseburg, den 20. August 1931.

V. 3/31. Der Magistrat.

Hausarbeiter-Vergleichnisse.

Gemäß Polizeiverordnung vom 3. März 1921 haben die Gewerbetreibenden alljährlich ein Vergleichnis der für sie tätigen Hausarbeiter der Polizeibehörde einzureichen.

Die Gewerbetreibenden im hiesigen Stadtkreis werden daher aufgefordert, die Vergleichnisse an die städtische Polizeiverwaltung, Rathaus Zimmer 19, bis spätestens zum 5. 9. 1931 einzureichen.

Die Vergleichnisse müssen den Stand vom 1. 9. 1931 angeben.

Merseburg, den 21. August 1931.

P. I. —/31. Die städtische Polizeiverwaltung.

Brosenabkühlung, Karstraße Nr. 4.

Freitag, den 28. August 1931, von 15 bis 16 1/2 Uhr Verkauf. Donnerstag, den 3. September 1931, von 10 bis 11 1/2 Uhr Abkühlung.

Hilfe gegenüber denjenigen Beträgen, die von anderen Einrichtungen, Zweigabteilungen und für die Tätigkeit der vorbeschriebenen Art gefordert werden.

Da die geschlossene Einrichtung auch den in anderen erlangten gegebenen Maßnahmen der Reichsregierung entspricht, hat der Magistrat den Beitritt der Stadt Merseburg beschlossen.

Wieder Radfahrerin tödlich verunglückt

Ein tragischer Unfall, der wieder das Leben einer Frau forderte, ereignete sich gestern nachmittag gegen 14 Uhr in der Poststraße am Pöcherstraße. Hier fuhr die 32jährige Frau Hedwig Winter, wohnhaft Bismarckstraße 26, gegen einen halboffenen Kraftwagen. Sie wurde im

gerissen und mußte mit schweren Kopfverletzungen, außerdem auch einer Gehirnerkrankung, ins Krankenhaus geschafft werden. Bereits gegen 18 Uhr war die Schwerkranke wegen schwerer Verletzungen erlegen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Professor Dr. Carl Müller gestorben

Am Sonntag, dem 23. August, ist in München im Alter von 74 Jahren Prof. Dr. phil. Dr. techn. Dr. Carl Müller, ehemaliger Direktor der Bobstischen Anilin- und Soda-Fabrik, gestorben. Professor Dr. Carl Müller wurde am 26. August 1857 in Kallersleben geboren, studierte in München und Freiburg Chemie und trat 1882 in die Bobstige Anilin- und Soda-Fabrik als Chemiker ein. Er wurde 1904 zum Direktor ernannt und übernahm 1912 die technische Überleitung. Im Jahre 1909 wurde ihm seitens der Universität München für hervorragende Leistungen auf dem chemischen Gebiete der Professorentitel verliehen. Prof. Dr. Carl Müller hat sich insbesondere auf dem Gebiet der Anilinderivateforschung verdient gemacht, ferner bei dem technischen Aufbau der Indigo-Fabrikation. In die Zeit seiner obersten Leitung fiel ferner die Erfindung und technische Einführung der Indanfarb-Verfahren und des technischen Stoffes. Im Jahre 1916 schied Prof. Dr. Carl Müller aus dem Vorstande der Bobstigen

Anilin- und Soda-Fabrik aus und wurde danach in den Aufsichtsrat gewählt, dessen Vorsitz er später übernahm. Nach der Fusion wurde er in den Verwaltungsrat der AG. Farbenindustrie Aktiengesellschaft berufen, gleichzeitig als 2. stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats.

Diebstahl?

Gestern nachmittag wurde am Gerichtstorn im Mann namens A. B. bei unbekanntem Diebstahl angeklagt. Bei der Feststellung der Personalkarte zeigte es sich, daß der Mann eine größere Geldsumme bei sich hatte. Bei genauer Durchsicht wurde auf der Wache wurde von der Polizei ein Betrag von 1042 M. gefunden. Da der Betroffene schon seit zwei Jahren erwerbslos ist und Arbeitslosenunterstützung bezieht, besteht der Verdacht, daß er das Geld unethisch erworben hat. Er wurde deshalb in Gewahrsam befohlen.

Radfahrer ansticheln. Dem Zimmerer W. E. wurde gestern nachmittag das Rad gestohlen. Er wurde es unangekommen am Grundstück Hofmarkt 10 festzuhalten.

Kreis Querfurt

Obstruktion der SPD.

Aus dem Gemeindeparlament Mücheln

Wohl wegen des letzten Schützenfestes und des stattfindenden Feuerwerkes waren in der am Dienstag stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung nur einige wenige Zuhörer erschienen. Da der wichtigste Punkt verweigert wurde, wurde die Sitzung wegen Zurückziehung der Vorlage nicht stattfand, war in einer Stunde alles erledigt. Da die beiden ausgeschlossenen Radfahrer Bippert und Schatz Ende vergangener Woche ihre Mandate niedergelegt hatten, waren nur sechzehn Stadtverordnete zur Stelle.

Er weist jetzt Einnahmen von 678 000 M. und Ausgaben von 788 700 M. auf. Stadtb. Braun (Bürger. Arbeitsgemeinschaft) begrüßte den Bescheid des Magistrats, durch Einparieren eine Reduktion herbeizuführen, wünschte aber erst die Durchführung bei der Finanzkommission und beantragte Verweisung des Hausaltersplans an diese. Der Magistrat hatte nichts dagegen einzuwenden und es wurde dann einstimmig dem Antrag stattgegeben.

Der zweite Punkt 1. nachmalige Prüfung, Festlegung und Entlastung der Jahresrechnung der Stadtparlatse für das Rechnungsjahr 1929/30, sah es ganz so aus, als sollte es wieder eine Daueraktion werden. Der Regierungspräsident hatte die Entlassung und Angabe der Gründe der vorherigen Ablehnung verlangt. Die Debatte ergab, daß bei den Kommunisten, wie üblich, die Polizeifolgen und angeblich zu geringes Entgegenkommen bei der Forderung der Grund sein soll, während die Gruppe Anhang sich als gekränkte Übermuth aufstellte, weil dem Stadtverordneten Trinius nicht die Aktien ins Auge gefaßt waren. Die Prüfung ist dann durch Stadtb. Rothenberg erfolgt. Nach längerer Debatte kam dann die Abstimmung, und da Horang mal einen wichtigen Moment hatte und sich der Stimme enthielt, wurde mit 8 gegen 7 Stimmen Entlassung erteilt.

Die zweite Prüfung, Festlegung und Entlastung der Jahresrechnung der Stadtparlatse für das Rechnungsjahr 1929/30, sah es ganz so aus, als sollte es wieder eine Daueraktion werden. Der Regierungspräsident hatte die Entlassung und Angabe der Gründe der vorherigen Ablehnung verlangt. Die Debatte ergab, daß bei den Kommunisten, wie üblich, die Polizeifolgen und angeblich zu geringes Entgegenkommen bei der Forderung der Grund sein soll, während die Gruppe Anhang sich als gekränkte Übermuth aufstellte, weil dem Stadtverordneten Trinius nicht die Aktien ins Auge gefaßt waren. Die Prüfung ist dann durch Stadtb. Rothenberg erfolgt. Nach längerer Debatte kam dann die Abstimmung, und da Horang mal einen wichtigen Moment hatte und sich der Stimme enthielt, wurde mit 8 gegen 7 Stimmen Entlassung erteilt.

Das Doppelpiel der Radfahrer ist ziemlich kurzfristig und verwerflich. Arbeiten sie doch in den Kommissionen sachlich mit und beschließen auch mit, um in öffentlicher Sitzung dann abzusprechen.

Die zweite Prüfung, Festlegung und Entlastung der Jahresrechnung der Stadtparlatse für das Rechnungsjahr 1929/30, sah es ganz so aus, als sollte es wieder eine Daueraktion werden. Der Regierungspräsident hatte die Entlassung und Angabe der Gründe der vorherigen Ablehnung verlangt. Die Debatte ergab, daß bei den Kommunisten, wie üblich, die Polizeifolgen und angeblich zu geringes Entgegenkommen bei der Forderung der Grund sein soll, während die Gruppe Anhang sich als gekränkte Übermuth aufstellte, weil dem Stadtverordneten Trinius nicht die Aktien ins Auge gefaßt waren. Die Prüfung ist dann durch Stadtb. Rothenberg erfolgt. Nach längerer Debatte kam dann die Abstimmung, und da Horang mal einen wichtigen Moment hatte und sich der Stimme enthielt, wurde mit 8 gegen 7 Stimmen Entlassung erteilt.

Gestalt beim Bau des Polizeidienstgebäudes leisteten die sachliche Kommissionsarbeit und die Ertüchtung in öffentlicher Sitzung. Gäßen die Kommunisten vor zwei Monaten dem Antrag des Magistrats auf Aufnahme des Realbetrages zum Bau des Polizeidienstgebäudes zugestimmt, so könnte man heute schon beim Bau sein und ein großer Teil unserer Erwerbslosen hätte Lohn und Brot.

Die zweite Prüfung, Festlegung und Entlastung der Jahresrechnung der Stadtparlatse für das Rechnungsjahr 1929/30, sah es ganz so aus, als sollte es wieder eine Daueraktion werden. Der Regierungspräsident hatte die Entlassung und Angabe der Gründe der vorherigen Ablehnung verlangt. Die Debatte ergab, daß bei den Kommunisten, wie üblich, die Polizeifolgen und angeblich zu geringes Entgegenkommen bei der Forderung der Grund sein soll, während die Gruppe Anhang sich als gekränkte Übermuth aufstellte, weil dem Stadtverordneten Trinius nicht die Aktien ins Auge gefaßt waren. Die Prüfung ist dann durch Stadtb. Rothenberg erfolgt. Nach längerer Debatte kam dann die Abstimmung, und da Horang mal einen wichtigen Moment hatte und sich der Stimme enthielt, wurde mit 8 gegen 7 Stimmen Entlassung erteilt.

Der Magistrat legte den in letzter Sitzung ebenfalls abgeleiteten Hausaltersplan für 1931/32 erneut vor.

Die zweite Prüfung, Festlegung und Entlastung der Jahresrechnung der Stadtparlatse für das Rechnungsjahr 1929/30, sah es ganz so aus, als sollte es wieder eine Daueraktion werden. Der Regierungspräsident hatte die Entlassung und Angabe der Gründe der vorherigen Ablehnung verlangt. Die Debatte ergab, daß bei den Kommunisten, wie üblich, die Polizeifolgen und angeblich zu geringes Entgegenkommen bei der Forderung der Grund sein soll, während die Gruppe Anhang sich als gekränkte Übermuth aufstellte, weil dem Stadtverordneten Trinius nicht die Aktien ins Auge gefaßt waren. Die Prüfung ist dann durch Stadtb. Rothenberg erfolgt. Nach längerer Debatte kam dann die Abstimmung, und da Horang mal einen wichtigen Moment hatte und sich der Stimme enthielt, wurde mit 8 gegen 7 Stimmen Entlassung erteilt.

Durch gewaltige Märsche ist der Realbetrag von 143 000 M. auf 90 000 M. herabgemindert.

Die zweite Prüfung, Festlegung und Entlastung der Jahresrechnung der Stadtparlatse für das Rechnungsjahr 1929/30, sah es ganz so aus, als sollte es wieder eine Daueraktion werden. Der Regierungspräsident hatte die Entlassung und Angabe der Gründe der vorherigen Ablehnung verlangt. Die Debatte ergab, daß bei den Kommunisten, wie üblich, die Polizeifolgen und angeblich zu geringes Entgegenkommen bei der Forderung der Grund sein soll, während die Gruppe Anhang sich als gekränkte Übermuth aufstellte, weil dem Stadtverordneten Trinius nicht die Aktien ins Auge gefaßt waren. Die Prüfung ist dann durch Stadtb. Rothenberg erfolgt. Nach längerer Debatte kam dann die Abstimmung, und da Horang mal einen wichtigen Moment hatte und sich der Stimme enthielt, wurde mit 8 gegen 7 Stimmen Entlassung erteilt.

Saalkreis

Doppelverdienter

Gleich. Seit längerer Zeit werden im Gorbiger Steinbruch, der dem Gemeindevorsteher gehört, Walfahrtenspendenkollekte beibehalten. Sie erhalten ihre Unterführung und ein kleines Brauergeld und arbeiten so arbeitend aus öffentlicher Hand billig für Private. Man muß jedenfalls zu dieser Meinung kommen, obwohl der Gemeindevorsteher behauptet, die Arbeiten im Steinbruch gehören für die Gemeinde. Es wird da nämlich Schutt für Straßenarbeiten abgeklappt. Dieser Schutt wird nun sonderbarerweise

steht alle, ohne daß er tatsächlich im Gemeindevorsteher abgebaut wird. Nach dem letzten Lagerbericht dieses Jahres sollte einmal die vorgesehene Behörde losgehen. Es berührt auch die Einwohner von Gorbiger merkwürdig, daß nichts gegen die Doppelverdienter unternommen wird. Ein ortsfremder Lehrer führt die Gemeindevorsteher und erhält die Entlohnung der Gemeinde. Der gleiche Gehaltsempfänger führt aber auch die Gemeindegeldkasse in Markt und bezieht außerdem noch Gehalt als Lehrer. Hoffentlich wird auch dieser Zustand bestraft.



